

N i e d e r s c h r i f t

**der 2. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Planungsangelegenheiten am 12.10.2004**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal
Zeit: 17:00 Uhr bis 20:05 Uhr
Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

| | |
|-------------------------------|-------------|
| Herr Martin Bauersfeld | CDU |
| Herr Joachim Geuther | CDU |
| Herr Frank Sänger | CDU |
| Herr Uwe Heft | PDS |
| Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck | PDS |
| Frau Frigga Schlüter-Gerboth | PDS |
| Herr Dr. Frank Eigenfeld | SPD |
| Herr Thomas Felke | SPD |
| Herr Prof. Dr. Dieter Schuh | UNABHÄNGIG |
| E | |
| Frau Prof. Dorothea Vent | MitBurger |
| Herr Dietmar Weirich | GRÜNE |
| Herr Tilo Biesecke | SKE |
| Herr Matthias Dreler | SKE |
| Frau Undine Klein | SKE |
| Herr Dieter Lehmann | SKE |
| Herr Klaus Müller | SKE |
| Herr Heinz-Günter Plo | SKE |
| Herr Heiner Schneider | SKE |
| Herr Friedemann Scholze | FDP |

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
4. Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für Planungsangelegenheiten
5. Vorlagen
 - 5.1. Erhaltungssatzung Nr. 57 Glaucha
Vorlage: IV/2004/04464
 - 5.2. Bebauungsplan Nr. 122 Reideburg, Wohnbebauung Freiberger Straße -
Offenlagebeschluss
Vorlage: IV/2004/04383
 - 5.3. Entwicklungsmaßnahme Heide-Süd Projekt Familienmodell
Vorlage: IV/2004/04277
 - 5.4. Stellungnahme zum Entwurf des Regionalen Entwicklungsplanes der Planungsregion
Halle
Vorlage: IV/2004/04502
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 6.1. Antrag des Bildungsausschusses der Stadt Halle (Saale) vom 03.03.2004 zur Schaffung
von Parkplätzen auf dem Gelände Friedenstraße 31 a (öffentlicher Park) für das
fusionierte Gymnasium "Thomas Müntzer"/Trotha-Gymnasium "H. Eisler", Friedenstraße
33
Vorlage: III/2004/04037
 - 6.2. Information zum Marktplatz (mündlich)
7. Anfragen von Stadträten
 - 7.1. Anfrage der Stadträtin Dr. Gesine Haerting, Bündnis 90/ DIE GRÜNEN - zum Neubau
eines Krematoriums am Gertraudenfriedhof
8. Anregungen
9. Mitteilungen
 - 9.1. Information zur Sitzung des Gestaltungsbeirates am 24.06.2004
Vorlage: IV/2004/04343
 - 9.2. Verkehrliche Prioritäten, Aktualisierung 2004
Vorlage: IV/2004/04274
 - 9.3. Information zur Spielflächenkonzeption (mündlich)

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Wortprotokoll:

Herr Sänger eröffnete die Sitzung und stellte die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Wortprotokoll:

Ergänzung zur Tagesordnung:

unter punkt 5.4 wurde die „Stellungnahme zum Entwurf des Regionalen Entwicklungsplanes der Planungsregion Halle“ aufgenommen

Herr Heft gab zu bedenken, dass nicht allen Ausschussmitgliedern ein Exemplar des „Regionalen Entwicklungsplanes“ vorlag.

Herr Sänger stellte fest, dass er in fast allen Fraktionen behandelt wurde.

Die Information zum Marktplatz wurde verschoben als Punkt 6.2.

Die Termine für die Sitzungen des Planungsausschusses 2005 wurden in Abstimmung mit der Geschäftsstelle Stadtrat wie folgt festgelegt:

11.01.2005 09.08.2005

08.02.2005 13.09.2005

08.03.2005 11.10.2005

12.04.2005 08.11.2005

18.05.2005 06.12.2005

14.06.2005

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

zu 3 Genehmigung der Niederschrift

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

zu 4 Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für Planungsangelegenheiten

Wortprotokoll:

Vorschläge: Herr Heft

Frau Prof. Vent

geheime Abstimmung

Wahlergebnis: Herr Heft

4 Stimmen

Frau Prof. Vent

5 Stimmen

1 Enthaltung

Stellvertretende Vorsitzende des Planungsausschusses ist Frau Prof. Vent.

zu 5 Vorlagen

zu 5.1 Erhaltungssatzung Nr. 57 Glaucha Vorlage: IV/2004/04464

Wortprotokoll:

Herr Biesecke wollte wissen, ob es noch mehr Erhaltungssatzungen geben wird und aus welchen Gründen in dieser Erhaltungssatzung Häuser im Gebiet herausgenommen wurden.

Herr Weber erläuterte, dass nicht abzusehen ist, ob evtl. noch mehr Erhaltungssatzungen erstellt werden. Dies ist abhängig von einer avisierten Verlängerung des Investitionserleichterungsgesetzes. Die heraus gelösten Gebäude gehören nicht zur Gründerzeitbebauung.

Herr Scholze fragte, ob es Erhebungen darüber gibt, die nachweisen, dass die Erhaltungssatzungen die Sanierungstätigkeit fördern.

Frau Dr. Merk erläuterte, dass absichtlich keine Auflagen baulicher Art in die Erhaltungssatzungen aufgenommen wurden. Es gibt noch keine Auswertungen. Eine verstärkte Sanierungstätigkeit ist in Erhaltungssatzungsgebieten zu beobachten.

Herr Eigenfeld fragte, warum die Erhaltungssatzung Glaucha benannt wurde, wo seiner Meinung nach doch gar nicht dieses Stadtviertel betroffen sei.

Herr Sänger erläuterte, dass es sich hier fast identisch um die Grenzen des in der DDR als Glaucha bezeichneten Viertels handelt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Erhaltungssatzung Nr. 57 Glaucha nach § 172 Abs. 1 Satz 1 BauGB.

zu 5.2 Bebauungsplan Nr. 122 Reideburg, Wohnbebauung Freiburger Straße - Offenlagebeschluss Vorlage: IV/2004/04383

Wortprotokoll:

Frau Dr. Merk stellte den Bebauungsplan und das damit verbundene Ziel einer Stabilisierung der Ortsrandlage Reideburg sowie einer Nachverdichtung der Bebauung vor. Eine frühzeitige Bürgerbeteiligung wurde bereits durchgeführt.

Herr Biesecke stellte einen Widerspruch zwischen der textlichen Festsetzung 1.1.2 und der Begründung 6.11 zu störendem Gewerbe fest.

Die textliche Festsetzung wird entsprechend der Begründung geändert. Störendes Gewerbe soll zulässig sein.

Herr Weihrich fragte nach der Notwendigkeit eines Umweltberichtes.
- da altes Verfahren, hier nicht notwendig

Herr Dr. Köck fragte nach der Erhaltung der Grundsubstanz, wenn eine Neubebauung in größerem Umfang möglich sei.

Herr Weber erläuterte, dass es sich bei der vorhandenen Bebauung vor allem um Nebengebäude handelt. Die vorhandene Hofstruktur sei in den festgelegten Baugrenzen berücksichtigt worden. Wohnbebauung sei damit möglich.

Herr Heft stellte fest, dass es im Punkt 2.4 nur einen lapidaren Bezug auf die Kinderfreundlichkeitsprüfung gäbe. Mit dem Abwägungsbeschluss erwarte er nähere Erläuterungen über die Durchführung der Prüfung.

Frau Dr. Merk sagte zu, dass dies bei abwägungsrelevanten Punkten zu diesem Thema erfolgen wird.

Herr Eigenfeld gab zu bedenken, ob eine Bekanntmachung im Amtsblatt für die Beteiligung der Öffentlichkeit ausreichend sei.

Mit der Bekanntmachung im Amtsblatt wird sicher gestellt, dass der betroffene Bereich mit dem Amtsblatt versorgt wird.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen 10

Enthaltungen 1

einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die Offenlage des Bebauungsplanes Nr. 122 Reideburg, Wohnbebauung Freiburger Straße.

Der Geltungsbereich wird durch die Schönnewitzer Straße, die Äußere Leipziger Straße, die Dölbauer Straße und die Zwintschönaer Straße begrenzt. Er ist in dem Übersichtsplan, der als Anlage dieser Beschlussvorlage beigefügt ist, räumlich bestimmt.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, den Offenlagebeschluss ortsüblich bekannt zu machen.

**zu 5.3 Entwicklungsmaßnahme Heide-Süd Projekt Familienmodell
Vorlage: IV/2004/04277**

Wortprotokoll:

Frau Dr. Merk stellte das Pilotprojekt vor.

Herr Geuther fragte nach der Auswahl des Gebietes, warum man z.B. nicht den Pfungstanger ausgewählt hätte.

Frau Dr. Merk antwortete, dass dieses Projekt nur auf städtischen Grundstücken möglich sei. Aufgrund der Entwicklungsmaßnahme gelte in Heide-Süd ein besonderes Städtebaurecht.

Frau Grimmer ergänzte, dass die Förderung (1/2 Bund, 1/3 Land, 1/3 Stadt) nur hier anwendbar sei.

Herr Felke fragte, ob die Nutzung von Städtebaufördermitteln mit dem Landesverwaltungsamt abgestimmt sei.

Frau Grimmer bestätigte eine schriftliche Zustimmung.

Herr Dr. Köck fragte nach einer Sicherung, dass die geförderten Familien auch möglichst lange in Halle bleiben würden.

Diese gibt es nicht.

Herr Eigenfeld erkundigte sich nach einem Auswahlverfahren, falls zu viele Bewerbungen eingehen.

Frau Dr. Merk sagte, dass hier sicherlich das Losverfahren angewendet werden und zusätzlich über eine Erweiterung des Projektes auf andere Flächen nachgedacht werden könnte.

Herr Müller lies sich die Koppelung der Förderung an die Architektenliste erläutern, da bei anderen Verfahren Koppelungen an Tarifgesetze nicht möglich waren.

Herr Lehmann gab zu Bedenken, dass es sich bei der Auswahl der Architekten um Wettbewerbsverzerrung handeln könnte bzw. die Architektenbindung nicht zulässig sei. Er würde dies mit der Architektenkammer klären.

Er fand die Familiendefinition fragwürdig und hielt die Bindung an die Kindergeldberechtigung für nicht ausreichend.

Frau Dr. Merk erläuterte, dass eine juristische Prüfung erfolgt sei und die Architektenkammer einbezogen worden ist.

Frau Klein befürchtete, dass es zum Einklagen der Fördermittel kommen könnte.

Herr Prof. Schuh fragte, ob eine Doppelförderung vorliege (Eigenheimzulage + Familienförderung).

Dies ist nicht der Fall.

Herr Prof. Schuh gab zu bedenken, dass eine „normale“ Familie (Einkommensgrenze) sich ein Architektenhaus mit großem Grundstück nicht leisten könne.

Herr Lehmann widersprach. Ein Architektenhaus sei nicht teurer als eines „von der Stange“.
Herr Weihrich regte an, dieses Projekt auch auf den Altbaubestand auszudehnen.
Frau Dr. Merk erläuterte, dass hier andere rechtliche Grundlagen gelten und deshalb neue Modelle entwickelt werden müssten.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen 7
Enthaltungen 3
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die Förderrichtlinie zum Projekt „Familienmodell“ gemäß RL StäBauF
2. Die Förderrichtlinie ist ortsüblich bekannt zu machen.

zu 5.4 Stellungnahme zum Entwurf des Regionalen Entwicklungsplanes der Planungsregion Halle
Vorlage: IV/2004/04502

Wortprotokoll:

Herr Lehmann äußerte sich verwundert über den Beschluss des Stadtrates (Antrag der PDS), für die Stellungnahme zum Regionalen Entwicklungsplan einen Stadtratsbeschluss herbei zu führen.

Er hielt die Forderung nach einer Fristverlängerung für schädlich. Das Ansehen der Stadt würde darunter leiden.

Er richtete an den Antragsteller die Frage nach der Notwendigkeit dieser Beschlussfassung.

Herr Dr. Köck antwortete für die Antrag stellende Fraktion, dass diese Aufgabe vom Stadtrat wahrzunehmen ist und nicht delegiert werden darf. Außerdem könnten so die kleineren Fraktionen einbezogen werden.

Frau Jentsch erläuterte die Verfahrensweise: der Regionale Entwicklungsplan hat vom 01.07.04 bis zum 30.09.04 ausgegangen, es gab keine Anregungen, Abgabetermin für die Stellungnahme der Stadtverwaltung ist der 15.10.04.

Herr Heft war der Meinung, dass die Stadt nicht verstanden hat, worum es in der Stellungnahme geht, die vorliegende Stellungnahme sei nicht vollständig, die Stadt hat bereits früher Stellungnahmen abgegeben.

Herr Lehmann erläuterte, dass die Vertreter der Regionalen Planungsgemeinschaft vom Stadtrat gewählt wurden. Der Prozess der Entwicklung des Regionalen Entwicklungsplanes fand im Zeitraum von vier Jahren statt. Hier hat die Stadt bereits ihre Forderungen eingebracht. In der vorliegenden Stellungnahme sei nur noch das aufgeführt, was bislang unberücksichtigt blieb.

Herr Biesecke bestätigte die Vollständigkeit der Stellungnahme. Er sprach sich gegen eine Fristverlängerung aus.

Herr Heft verwies auf den Stadtratsbeschluss, in dem die Beantragung der Fristverlängerung enthalten ist.

Frau Jentsch bestätigte, dass die Stellungnahme abgeschickt wurde, vorbehaltlich des Stadtratsbeschlusses und mit dem Antrag auf Fristverlängerung.

Herr Dr. Köck fragte nach der Möglichkeit für die neuen Stadträte zur Einsichtnahme, da die Offenlagefrist während des Stadtratwechsels war und fragte den Ausschuss, ob er in der Lage sei, über die Stellungnahme zu befinden.

Es gab keine Bedenken im Ausschuss.

Herr Weihrich wies darauf hin, dass nicht alle Anregungen aufgenommen wurden wie z.B. die Bedenken gegen den südlichen Saaleübergang (widerspricht dem europäischen Naturschutzrecht).

Herr Heft war der Meinung, dass Ratsbeschlüsse von der Verwaltung nicht beachtet würden, es sei beschlossen worden, keine Aktivitäten für den südlichen Saaleübergang aus zu lösen.

Frau Riedel erläuterte, dass es einen Ratsbeschluss gibt, der die Weiterarbeit an diesem Projekt festschreibt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen 6

Nein-Stimmen 1

Enthaltungen 4

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt die Stellungnahme zum Entwurf des Regionalen Entwicklungsplanes der Planungsregion Halle.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

-
- zu 6.1 Antrag des Bildungsausschusses der Stadt Halle (Saale) vom 03.03.2004 zur Schaffung von Parkplätzen auf dem Gelände Friedenstraße 31 a (öffentlicher Park) für das fusionierte Gymnasium "Thomas Müntzer"/Trotha-Gymnasium "H. Eisler", Friedenstraße 33
Vorlage: III/2004/04037**
-

Wortprotokoll:

Frau Dr. Merk erläuterte die Parkplatzsituation in der Umgebung des TMG und ging dabei auf die im letzten PA gemachten Vorschläge ein.

Herr Sänger sprach sich für die kurzfristige Lösung auf dem Schulhof und eine mittel- bis langfristige Lösung in der Fährstraße aus.

Herr Heft hielt den Parkplatz Fährstraße für das TMG für ungeeignet, der Weg sei zu lang. Er bat die Verwaltung das ZGM für eine schnelle Lösung auf dem Schulhof zu unterstützen.

Herr Weihrich fragte nach der Möglichkeit, Parkplätze auf der Straße zu reservieren.

Frau Riedel erläuterte, dass dies rechtlich nicht möglich sei.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen 10

Enthaltungen 1

einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) möge beschließen:

Die Fachbereiche Grünflächen/Schule, Sport und Bäder/Untere Verkehrsbehörde der Stadt Halle (Saale) überprüfen kurzfristig die Schaffung von Stellplätzen auf dem Gelände Friedenstraße 31 a (im Umfeld der Turnhalle KT 60) für das größte, durch die 2-fache Fusion bestehende Gymnasium am Standort Friedenstraße.

zu 6.2 Information zum Marktplatz (mündlich)

Wortprotokoll:

Frau Dr. Merk gab eine Übersicht zum Zwischenstand der Planungen und zum Baubeginn. Zur Fuge und zur Loge wird im Novemberausschuss informiert werden.

Herr Frönnecke erläuterte ausführlich den Bauablauf und die Komplikationen, die wegen der Grabungen des Archäologischen Landesamtes zu Verzögerungen führten.

Herr Lehmann fragte nach den Gründen für die Verlängerung des Bahnsteiges in Nord-Süd-Richtung. Der Markt würde nun doch geteilt werden, da die Haltestelle mittig geplant sei.

Dies sollte seiner Meinung nach verhindert werden.

Frau Dr. Merk erläuterte, dass die Haltestelle schon immer mittig geplant gewesen sei.

Herr Seume gab Ausführungen zur Notwendigkeit der Bahnsteigverlängerung. Die Ursache ist der Abstand der Strommasten. Der Nebeneffekt ist, dass damit alle Türen der Bahnen vom Bahnsteig aus erreicht werden können.

Frau Prof. Vent sprach sich für eine Vorstellung der Ausführungsplanungen im PA aus.

Herr Lehmann verwies darauf, dass es eine politische Entscheidung gab für einen kurzen Bahnsteig von 25m, die nun nicht eingehalten wird.

Herr Dr. Köck fragte, ob die Mastenstellung veränderbar wäre.

Herr Seume verneinte.

Frau Riedel zum Verständnis: schriftliche Mitteilung der HAVAG an die Stadtverwaltung, dass aus technischen Erfordernissen (Stromanbindung) eine Verlängerung der Bahnsteige notwendig ist, Schreiben wird dem Ausschuss zur Verfügung gestellt.

Herr Biesecke fragte nach dem konkreten technischen Problem für die Mastenstellung.

Herr Seume nannte als Ursache die Bügelstellungen und -entfernungen der Straßenbahnen. Er erinnerte daran, dass die HAVAG schon immer von einem 45m Bahnsteig ausgegangen ist. Die Länge von 25m sei nicht Gegenstand des Stadtratsbeschlusses (er zitierte den Beschluss).

Herr Heft konnte diese Diskussion um die Bahnsteiglänge nicht nachvollziehen, es sind nie 25m beschlossen worden.

Die Schuld wird immer auf die städtischen Betriebe abgeschoben. Die wahre Ursache liegt bei der Verwaltung selbst.

Frau Prof. Vent fragte, ob der derzeitige Baufortschritt, eine Verkürzung der Bahnsteige ermöglicht.

Herr Frönnecke antwortete, dass dies theoretisch aber nicht technisch machbar ist.

Herr Prof. Schuh fragte, ob die Arbeit des Landesamtes für Archäologie nicht in die Bauablaufplanung aufgenommen wurde, um die Termine zu sichern.

Frau Dr. Merk antwortete, dass es von Anfang an Abstimmungen dazu gab, die Archäologie sich aber vorbehalten hat, im Zuge des Bauablaufes flexibel zu reagieren.

Herr Felke bat um eine konkrete Darstellung des Zeitfensters für die Ausgrabungen.
- erfolgt schriftlich

Herr Dreßler sprach sich dafür aus, den Weihnachtsmarkt zu verlegen und die damit gewonnene Zeit für die Aufholung des Zeitverlustes zu nutzen.

Frau Riedel erläuterte, dass dieses Zeitfenster schon immer eingeplant gewesen sei.

zu 7 **Anfragen von Stadträten**

Wortprotokoll:

Herr Prof. Schuh fragte nach den Beanstandungen des Landesverwaltungsamtes zum Verfahren B-Plan 75.1 Dessauer Platz, SB-Warenhaus.

Frau Dr. Merk erläuterte, dass die FNP-Änderung im Parallelverfahren durchgeführt wurde. Zwischenzeitlich wurde das neue Zentrenkonzept beschlossen. Damit gibt es eine neue Abwägungsgrundlage nach Meinung des Landesverwaltungsamtes. Die Offenlage der FNP-Änderung muss wiederholt werden. Die Händler müssen noch einmal beteiligt werden.

Herr Felke fragte nach dem Baustop für das Bauvorhaben Trothaer-Oppiner Straße.

Frau Riedel erläuterte, dass die FB 63 und 31 verschiedene Unterlagen erhielten, wonach der FB 31 die Fällgenehmigung aussprach. Es gibt nun einen Termin Antragsteller-FB63 zum Abgleich der Unterlagen. Die großen Bäume werden nicht gefällt.

Herr Heft fragte nach dem Lückenschluss Wörmnitz - Kaiserslauterer Str.

Herr Möbius erläuterte, dass dies im Moment nicht möglich ist (Lärmbelästigung in Wörmnitz, Anbindung an den Südstadtring). Eine Ortsumfahrung soll später die Verbindung herstellen.

Herr Biesecke fragte, ob das abgesperrte Stück als öffentliche Straße gewidmet wurde.

Herr Otto erwiderte, dass dies vor dem Krieg geschehen ist. Eine förmliche Entwidmung fand nicht statt.

Frau Prof. Vent fragte, ob die Baustelleneinrichtung im Stadtpark entfernt werden kann.
Frau Riedel sagte, dass diese weiterhin für die Arbeiten am Stadtgottesacker benötigt wird.

Herr Dr. Köck fragte, warum wieder an der Mauer am Volkspark gebaut wird.

Herr Sänger erklärte, dass dies der zweite Bauabschnitt ist.

zu 7.1 Anfrage der Stadträtin Dr. Gesine Haerting, Bündnis 90/ DIE GRÜNEN - zum Neubau eines Krematoriums am Gertraudenfriedhof

Wortprotokoll:

Herr Weihrich stellte folgende Fragen:

1. Welchen Ersatzstandort hat die Stadtverwaltung für das Krematorium vorgeschlagen?

- Auf dem Gertraudenfriedhof.....

2. Wie viele Einäscherungen werden pro Jahr vorgenommen?

- Der Verein macht darüber keine Angaben.

zur Kenntnis genommen

zu 8 Anregungen

Frau Schlüter-Gerboth las ein Antwortschreiben der Verwaltung an Frau Tannenberg zum Neuordnungskonzept Niedersachsenplatz vor. Dieses Schreiben sei unverständlich für Frau Tannenberg gewesen. Bittet um eine Mitteilung im PA zu diesem Thema.

zu 9 Mitteilungen

zu 9.1 Information zur Sitzung des Gestaltungsbeirates am 24.06.2004 Vorlage: IV/2004/04343

Wortprotokoll:

zur Kenntnis genommen

zu 9.2 Verkehrliche Prioritäten, Aktualisierung 2004

Vorlage: IV/2004/04274

Wortprotokoll:

Die Vorlage wurde von der Verwaltung zurückgezogen.

Folgende Fragen wurden zur weiteren Bearbeitung gestellt:

Herr Biesecke - Unstimmigkeit in der Bemerkung zu Pkt 1.1.6. worauf bezieht sich 1.3?

- 1.3.37 wozu weitere Maßnahmen Olympia?

- 1.4.9. warum zurück gestellt?

- 3.2.1.1.6. für 2004 angekündigt, jetzt ohne Zuordnung?

Herr Heft - 3.1.3. Ersatz der Fußgängerbrücke durch Lichtsignalanlage?

Herr Möbius - notwendiger Neubau der Brücke zu teuer (Brücke nicht behindertengerecht)

Herr Heft - Haltestellen Merseburger Str./ Pfännerhöhe möglichst frühzeitige

- Herr Möbius** - Einbindung zur Beseitigung dieses Unfallschwerpunktes
- Warnschilder und Markierungen wurden bereits angebracht
Abstimmungen mit der HAVAG zur baldigen Umsetzung der Planungen laufen
- Herr Eigenfeld**
Herr Möbius - Einordnungen wurden teilweise offen gelassen?
- Prioritätenliste ist als Grundlage für die HH-Diskussion gedacht, wegen der laufenden HH-Abstimmungen erfolgte noch keine Aktualisierung der Einordnungen, es werden für die verwendeten Begriffe in der Spalte „Einordnung im Haushaltsplan“ genaue Definitionen angefügt.
- Herr Eigenfeld**
Herr Möbius - innerstädtische Wegweisung für Touristenbusse (Parkplätze) fehlt
- Busleitsystem bisher nicht vorgesehen, wäre sehr umfangreich, zu viele Schilder bereits vorhanden, statt dessen wurden Faltblätter zur Orientierung heraus gegeben
- Herr Felke** - Ziel der Prioritätenliste - 2. Absatz, 2. Satz - sind bis Ende des Jahres noch Realisierungen möglich?
- Finanzausgleichsgesetz - fanden bereits Abstimmungen mit der Stadt statt?
- Herr Möbius** - zum Ziel der Liste: Problematik des Planungsvorlaufes - bei vorhandenen Planungen ist aus finanziellen Gründen oft eine Realisierung nicht möglich und umgekehrt bei zusätzlichen Fördermöglichkeiten ist oft der Planungsvorlauf noch nicht gegeben, so dass eine schnelle Reaktion erfolgen könnte, die Liste soll hier eine Hilfe sein, ganz lassen sich diese Unstimmigkeiten nicht ausräumen
- Frau Riedel** - Brückenbau Volkmannstraße vorgesehen für Finanzausgleichsgesetz
Herr Prof. Schuh - Anregung - statt die Straßen teuer zu pflastern (Schwarzdecke würde oft genügen) mehr Augenmerk auf die Sanierung der noch vorhandenen Ruinen in der Altstadt legen
- Herr Dr. Köck** - Übergang S-Bahn - Bus in Nietleben prüfen, bessere Regelung war in Aussicht gestellt worden
- Herr Möbius** - zur Zeit intensive Gespräche
Herr Sänger - Heidestraße - Schranke und Tempo-30-Zone beseitigen
Herr Möbius - Unfallschwerpunkt wegen der Straßensituation, Tempo 30 bleibt

9.3 Information zur Spielflächenkonzeption (mündlich)

Wortprotokoll:

vertagt auf den 09.11.2004

Für die Richtigkeit:

Datum: 24.04.08

Schmiedehaus
Protokollführerin

i.V. Dr. Merk
FB-Leiterin

Sänger
Vorsitzender